

sich gerade beim Thema der Verifikation die größten Schwierigkeiten ergeben. Dies gilt übrigens ganz besonders für die Verhandlungen über ein umfassendes Verbot für chemische Waffen. Ich habe vor vier Jahren hier zu einem internationalen Seminar über die Verifikationsproblematik bei chemischen Waffen eingeladen, und eine solche Arbeitstagung hat dann auch ein Jahr darauf, 1979, bei uns stattgefunden. Um weiterhin zu einer Lösung des Problems der Verifikation des Verbots chemischer Waffen beizutragen, und um damit den Weg für den Abschluß eines Vertrages zu ebnen, möchte ich hiermit für 1983 zu einem zweiten internationalen Seminar für Experten einladen.

Herr Präsident, ich habe mich sehr gerne entschlossen, auch auf dieser zweiten Sondergeneralversammlung über Abrüstung das Wort zu ergreifen, weil ich von dem Gewicht des hier stattfindenden Dialogs fest überzeugt bin. Es müssen von dieser Versammlung kräftige Impulse ausgehen für die laufenden und bevorstehenden Verhandlungen. Der vor vier Jahren erreichte Konsens muß bekräftigt und fortentwickelt werden. Eine zentrale Aufgabe erscheint mir die Erarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms auf dieser Grundlage, und ich hoffe sehr, daß es der Sondergeneralversammlung gelingt, ein Programm zu verabschieden, das zugleich realistisch und zukunftsweisend ist.

IV. Vernunft und Leidenschaft zur Friedenspolitik

Nicht nur hier am Wochenende in New York, sondern in vielen Städten, in vielen Ländern der Welt versammeln sich in diesen Tagen und Wochen im Frühjahr 1982 junge und alte Menschen, geängstigt von der Vorstellung einer heillosen Überrüstung, geängstigt von der Vorstellung eines rational nicht mehr zu begreifenden Overkills, Menschen, die sich der Logik des alten römischen Satzes verweigern, der da hieß: »Si vis pacem, para bellum«. Heute protestieren dagegen nicht nur idealistisch gestimmte Pazifisten und weltfremde Utopisten, sondern hier äußern sich immer dringender Zweifel an der Weisheit und an der Fähigkeit der strategischen Denker, der Diplomaten, der Staatsmänner, Zweifel an deren Fähigkeit, aus dem Teufelskreis von Vorrüstung und Nachrüstung endlich auszubrechen. Die Losung »Frieden schaffen ohne Waffen« oder die andere Losung »Aus Schwertern Pflugscharen machen«, solche Losungen geben den politischen Führern deutliche Zeichen. Es wächst in der jungen Generation der Verdacht, daß die nuklearen Waffen eines Tages vielleicht nicht mehr nur als Mittel der Abschreckung verstanden werden könnten. Viele haben Angst, daß irgendwann einer die Nerven

verlieren könnte und tatsächlich in das atomare Arsenal greifen könnte, um einem politischen Widersacher seinen Willen aufzuzwingen, und es können sich diese Bürger ja überdies für so tiefreichende Ängste und Zweifel auch auf international angesehenen Wissenschaftler berufen. Denn auch diese sind sich keineswegs sicher, daß der nächste Weltkrieg allein deshalb nicht stattfinden werde, weil er einem kollektiven Selbstmord gleichkäme.

Es wächst also die Ungeduld der Menschen, und nicht nur der jungen Menschen, die Ungeduld mit Regierungen, die nur zu reden scheinen, während sie gleichzeitig immer neue todbringende Waffen entwickeln, produzieren und in Stellung bringen lassen. Es wächst die Ungeduld mit politisch Verantwortlichen, die zulassen, daß immer mehr Ressourcen dem Kampf gegen Hunger und Armut entzogen und statt dessen in die Rüstung gesteckt werden.

Wir müssen uns der Gefahr bewußt sein, daß die von den Schrecken eines nuklearen Holocaust geängstigten Bürger bald nicht mehr verstehen können oder wollen, warum sich Verhandlungen über praktische Abrüstungsschritte über endlose Jahre hinziehen, warum — wie es diese Menschen sehen und sehen müssen — Vorstellungen des nationalen Prestiges stärker auf die Entscheidungen der Regierungen einwirken als die Notwendigkeiten der gegenseitigen Sicherheit, der Sicherheit, die nur in Partnerschaft erreicht werden kann.

Ich weiß, daß die Verringerung der bis unter das Dach gefüllten Waffenarsenale nicht durch Volksabstimmungen erreicht werden kann, sondern es kann nur gelingen durch unendlich zähes Verhandeln. Ich weiß, der große Durchbruch, der die Kriegsgefahr endgültig zu bannen vermag, der bleibt eine gefährliche Illusion, und ich weiß, daß eine einseitige Abrüstung, die sich der Pression durch andere Mächte öffnet, jedem Vernünftigen als höchst gefährlich erscheinen muß.

Aber dennoch sollten wir die große und positive moralische Kraft, die in der Bewegung für wirksame Abrüstung deutlich wird, nicht unterschätzen. Wir sollten die Menschen, die sich zu ihr bekennen, nicht einfach als Amateure beiseite schieben, denen es an Einsicht und Überblick fehlt. Vielmehr und im Gegenteil muß die bewegende Kraft, die in der Unruhe vieler unserer Mitbürger erkennbar geworden ist, als Ansporn und auch als moralische Verpflichtung verstanden werden.

Wenn wir die Angst aus der Welt schaffen wollen, so müssen wir alle Kräfte der Vernunft anspannen, und dazu ist diese Sondergeneralversammlung zusammengekommen, dazu ist sie einberufen worden. Auf ihr Gelingen, Herr Präsident, richten sich die Hoffnungen vieler Völker, und diese Hoffnungen dürfen nicht enttäuscht werden.

Nur die Utopie ist noch realistisch

Rede des ehemaligen Berliner Landesbischofs
vor der zwölften UN-Sondergeneralversammlung (24. Juni 1982)

KURT SCHARF

Im Rahmen der Anhörung von Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (non-governmental organizations, NGOs) sprach der evangelische Bischof i. R. Dr. Kurt Scharf, 1. Vorsitzender der »Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste«, vor dem Ad-hoc-Ausschuß der zwölften Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen:

Hohe Versammlung der Repräsentanten der Völker der Welt! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Geschwister auf dieser einen Erde! Friede sei mit Euch und Gnade von dem Gott, an den ich glaube! Ich spreche zu Ihnen als Christ. Ich spreche zu Ihnen als Deutscher. Ich komme aus dem Land, das in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen große Schuld auf sich geladen hat, aus der Stadt, von der der Zweite Weltkrieg ausgegangen ist und die darob eine — weltpolitisch — geteilte Stadt wurde. Ich habe erlebt, wie schwer Kriegsschuld, Schuld an Holocaust und Genozid auf einem Volk als ganzem lastet und wie furchtbar sie sich rächt bis in die dritte und vierte Generation. Ich habe auch erlebt, daß Kriege, lange bevor sie auf dem Schlachtfeld ausgetragen werden, in den Köpfen und Herzen der Menschen beginnen. Ich weiß, was Rassenwahn, sogenanntes Herrenmenschentum und Stereotypen von Feindbildern in der Geschichte meines Volkes und auch in der Geschichte der christlichen Kirchen angerichtet haben: Vor vier Jahrzehnten hat diese Vergiftung des Denkens den Versuch ausgelöst, das europäische Judentum auszurotten, es hat 20 Millionen Sowjetbürgern, vielen Millionen Polen, mehr als 50 Millionen Menschen auf dieser Erde das Leben und vielen Millionen dazu ihre Heimat gekostet.

Ich darf das Wort an Sie, die Vertreter der Völker der Erde, richten — eingeladen als Vorsitzender der »Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste«. Diese Organisation wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Christen gegründet, die »der Bitterkeit, dem Haß und der Selbstrechtfertigung eine Kraft entgegensetzen« wollten: die Macht des Friedens durch Versöhnung. Wir versuchen, diese Aufgabe wahrzunehmen durch die hingebende Arbeit Tausender junger Deutscher, die in die Länder und zu den Völkern gehen, die besonders unter der

nationalsozialistischen Verfolgung und Besetzung zu leiden hatten und haben. Wir wollen im Eintreten für Versöhnung und Frieden aus der Geschichte unseres Volkes und der evangelischen Christenheit in Deutschland für eine Zukunft lernen, in der der Mensch nicht mehr des Menschen ärgster Feind ist. Der Norden Norwegens, Coventry/Großbritannien, Oradour-Taizé/Frankreich, Lidice/ČSSR, Kandanos/Griechenland, Rotterdam/Niederlande, Auschwitz, Stutthof und Majdanek in der Volksrepublik Polen, Chatyn/UdSSR und Stätten in Israel sind die Stationen unserer praktischen Tätigkeit. Der Schlüssel zu einer besseren Zukunft, die Gott mit uns vorhat, der Grund zur Hoffnung, ist für uns Deutsche an diesen Orten, nicht abgesehen, im Wegsehen von ihnen, zu finden. Wir wollen die — teuer bezahlte — Lektion von Auschwitz lernen und sie unsere Kinder und Kindeskinde lehren, damit es sich nie wiederholen kann, damit kommende Generationen eine solche Erfahrung nicht noch teurer bezahlen müssen!

Und: Wir wollen — auch — die Lektionen von Hiroshima und Nagasaki lernen, damit sie eine einmalige Verfehlung des Menschen bleiben: ein Menetekel der Verirrung, vor dem wir zurückschrecken dürfen! Wir leben — im technisch-wissenschaftlichen Zeitalter — mit der Drohung und dem Schrecken der Möglichkeit atomarer Selbstvernichtung des Menschengeschlechtes und haben vor Augen, daß Rüstung schon heute hundertausendfach tötet. An jedem Tag, an dem weltweit Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben werden, sterben auf unserer Erde Zehntausende von Kindern am Hunger. Das ist ein Gipfel an Gewalttätigkeit, ein unerträglicher Skandal. Immer neue — furchtbarere — Waffensysteme werden erfunden, gebaut, getestet, stationiert, weil eine Mehrheit der Menschen Sicherheit zu gewinnen wähnt nur durch Verstärkung militärischer Drohungen, obwohl wir errechnen können, daß die fortdauernde Androhung gegenseitiger Totalvernichtung und die »atomare Geiselnahme« der Völker des Ostens durch den Westen und des Westens durch den Osten — unausweichlich — herbeiführen werden, was man verhindern will. Im Gehorsam gegenüber Gott und im Hören auf sein Wort wage ich

zu sagen: Die atomaren Waffen sind kein Mittel der Politik. Auch ihr Gebrauch allein zur Drohung ist Lästerung Gottes. Umkehr ist notwendig! Jeder Mensch auf dieser Erde, die Gott liebt und die er durch uns erhalten will, kann dazu mithelfen, daß Umkehr vollzogen wird. Der einzelne ist dem bösen Geschehen gegenüber nicht ohnmächtig und Sie, Freunde, sind es ganz und gar nicht. Auf Sie blickt die sorgende Erwartung der Völker! Die Friedensbewegungen in Europa und in der ganzen Welt haben begonnen, Voraussetzungen für eine andere, eine neue Art des Zusammenlebens der Nationen zu schaffen. Wir zählen uns zu der weltumspannenden »Bewegung für das Überleben der Menschheit«. In dem Land, aus dem ich komme, erkennen die Bürger in zunehmendem Maße, wie gefährdet der Friede durch eine Politik ist, die von gegenseitigem Mißtrauen bestimmt wird. Sie überlassen ihre Zukunft nicht länger den Regierenden, die in den Denkkategorien des Abschreckens und des Drohens gefangen sind. Große Demonstrationen in Europa und vor zwölf Tagen hier in New York eröffnen den Menschen neue Möglichkeiten politischen Denkens und Handelns. Arbeit für den Frieden heißt heute:

1. ökonomische und politische Beziehungen zwischen den armen und den reichen Nationen dieser Erde zu schaffen, die gerechter sind als die gegenwärtigen; und heißt: die Rüstungsexporte zu stoppen!
2. die Konfrontation der Militärsysteme in Ost und West zu mindern! Sicherheit gibt es in Zukunft nur als gemeinsame Sicherheit der Kontrahenten. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Entspannungspolitik sind ein Anfang, der fortgeführt werden muß. (Die Kirchen Europas haben ihn mit herbeigeführt.) Das militärische Auseinanderrücken der Machtblöcke ist notwendig und möglich!
3. die Welt von Atomwaffen zu befreien! Sie zuerst bedrohen das Überleben der Menschheit. Es gilt, die weitere Verbreitung atomarer Waffensysteme anzuhalten, atomaffenfreie Zonen überall auf der Erde zu schaffen: in Skandinavien, auf dem Balkan, in den Ländern der Dritten Welt!
4. — eben deshalb — an die Großmächte zu appellieren, daß sie die Produktion, den Test und die Stationierung atomarer Waffen sofort und bedingungslos einfrieren: auch die Produktion der Pershing-II-Raketen und der Marschflugkörper, die in Europa stationiert werden sollen. Die europäische Friedensbewegung unterstützt den Vorschlag der amerikanischen Freunde für das beiderseitige Einfrieren der Nuklearwaffen als Test der eigenen Bemühungen in Europa!
5. für die Erkenntnis zu werben, daß jede Macht einseitig dazu beitragen kann, daß der notwendige Prozeß der Abrüstung in Gang komme! Angesichts von Vernichtungskapazitäten unvorstellbaren Ausmaßes kann jede Seite mit eigenen Schritten — und auf jeder Seite jedes einzelne Land mit unabhängigen nationalen Initiativen — beginnen. Durch Gleichgewichtsrechnen wird ein beiderseitiger Abbau der Waffenarsenale nicht gefördert, sondern verhindert. Gleichgewicht zwischen den Großmächten ist wegen ihrer unterschiedlichen Erfahrungen mit Kriegen, ihrer unterschiedlichen ökonomischen und politischen Stabilität, technologi-

schen Entwicklung und geopolitischen Lage nicht zu errechnen. Die Logik »Aufrüsten, um abzurüsten«, die dem Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 zugrunde liegt, neue atomare Waffen in Westeuropa zu stationieren, ist — in sich — widerlegt, ist »eine Logik des Wahnsinnes«. Aufrüsten steigert das gegenseitige Mißtrauen. Wir stellen ihr die Erwartung entgegen, durch Verhinderung der Stationierung neuer atomarer Waffen den »Einstieg« in eine wirkliche Abrüstung, in einen Abrüstungsprozeß, zu finden. Wir richten diese Erwartung nicht nur an das eigene Bündnisystem, sondern auch an die Sowjetunion und den Warschauer Pakt.

6. der Einsicht Rechnung zu tragen, daß Ost und West beide Teil eines Problems sind, eines Problems, das nicht mehr nur ein politisches oder militärstrategisches, sondern ein ethisches Problem ist. Die Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme in Ost und West sind in sich nicht der Frieden. Sie sind beide Teil einer Aufgabe, den Frieden zu gewinnen, zu fördern, zu erneuern. Keine der beiden Seiten vermag sie für sich zu lösen, aber jede Seite kann — auf die andere zu — entgegenkommende, tastende Schritte der Rüstungsminderung tun, und das so lange, bis Vertrauen entsteht, Bedrohung verringert, Abrüstung, effektive Abrüstung möglich wird. Wir treten ein für ein atomaffenfreies Europa in West und Ost auf dem niedrigsten (kontinuierlich herabzusetzenden) Stand rein defensiver konventioneller Rüstung und stehen zu der — allein noch realen — Utopie einer »Welt ohne Waffen«. Wir arbeiten an unserem Beitrag zur gewaltfreien Lösung aufkommender Konflikte in der Überzeugung, daß Krieg als Mittel der Politik den Völkern — spätestens seit Hiroshima — nicht mehr erlaubt ist. Diese allein legitime Aufgabe der Kriegsverhütung und Konfliktlösung mit politischen statt militärischen Mitteln fordert von uns allen die Arbeit an alternativen Sicherheitssystemen.

Gott, der Herr der Schöpfung und der Geschichte, hat uns — nach meinem Glauben — in Jesus Christus den »Frieden auf Erden« zugesprochen. Selig — glücklich zu preisen — sind nach seinen Worten die, die Frieden schaffen. Denen, die auf unterdrückende, verletzende, tötende Gewalt mit der Geduld überwindender Liebe antworten, soll die Erde gehören. Solche Zusage ist die Quelle, der Beweggrund unseres Exodus aus den — auf Waffen starrenden — Denksystemen. So nur können wir »unterwegs sein« als Volk Gottes! Wir begreifen — in den Großkirchen erst heute —, wie treffend richtig und zukunftsweisend die Ethik Jesu ist. Andere Religionen, uns fremde Ideologien kennen — dennoch — gleiche oder ähnliche Vorstellungen und Verhaltensmuster. Jeder Anhänger solcher Glaubenslehre beginne bei sich, in seiner Familie, in seiner Kommune (Gemeinde), in seiner Kirche, in seinem Land, seinem Volk, seinem Kontinent, sie zu leben! Schon wenn es Minderheiten tun, bedeutet das den Anfang einer neuen Wirklichkeit, einer Wirklichkeit, nach der es den Menschen hungert und dürstet. Der Nahe Osten und der Falkland-(Malwinen-)Konflikt zeigen, wie nötig wir sie haben. Wir hoffen und beten, daß diese Konferenz einen eindeutigen Beitrag zum Frieden leistet. Wir hoffen und beten, daß die Völker der Erde die Stimme Ihrer Konferenz hören. Wir, für die ich spreche, lassen uns in Pflicht nehmen, in unserem Bemühen um Frieden nicht zu ermüden.

157 Mitgliedstaaten zählt derzeit die Weltorganisation. In der Generalversammlung hat jeder Staat eine Stimme — China genauso wie Luxemburg. Entgegen landläufiger Meinung sind die Entwicklungsländer in der Generalversammlung nur geringfügig »überrepräsentiert«, wenn man ihre Gesamtbevölkerung zum Maßstab nimmt: 71 vH der Weltbevölkerung leben in Entwicklungsländern; 77 vH der UN-Mitgliedstaaten rechnen zur Dritten Welt. Die Asymmetrie des internationalen Systems liegt anderswo begründet: in der dominierenden Stellung, die nur wenige Staaten in den Weltwirtschaftsbeziehungen innehaben.

